

NACHTRAGSHAUSHALT

NRW-Linke erwägt Etat-Billigung

Von Heinz Tutt, 25.11.10, 22:33h, aktualisiert 01.12.10, 22:15h

Die Fraktion der Linken im Düsseldorfer Landtag umwirbt ihre Partei-Basis im Vorfeld des Parteitages – damit sie dort von den Mitgliedern die Zusage dafür bekommt, Rot-Grün die Verabschiedung des Nachtragshaushaltes zu ermöglichen.



Der Fraktionsvorsitzende der Linken im nordrhein-westfälischen Landtag, Wolfgang Zimmermann (Bild: dpa)

DÜSSELDORF - Die Fraktion der Linken im NRW-Landtag versucht, gut eine Woche vor ihrem Landesparteirat in Münster, bei der eigenen Basis zu punkten. Denn sie wird auf dem Parteitag entscheiden, ob die Fraktion dem Nachtragshaushalt der Regierung zustimmen darf - oder sich zumindest der Stimme enthalten kann. Bei einer Enthaltung von nur zwei linken Abgeordneten könnte Rot-Grün den Haushalt im Landtag durchbringen. Die neueste Forderung der Linken: Kommunen sollen rund 341 Millionen Euro zusätzlich erhalten.

Fraktionschef Wolfgang Zimmermann und Finanzexperte

Rüdiger Sagel wiederholen auch ihre alten Forderungen - obwohl absehbar ist, dass diese nicht erfüllt werden können: Die Einstellung von 500 Steuerprüfern und die Abschaffung der Studiengebühren schon zum Sommersemester nächsten Jahres seien nicht finanzierbar, argumentieren SPD und Grüne. Mit dem Nachtragshaushalt soll eine Abschlussbilanz der schwarz-gelben Vorgänger-Regierung vorlegt werden.

Im Prinzip sehen das auch die Linken so - doch einige Akzente in der Debatte wollen auch sie vorgeben. Um weitere Verschiebungen zugunsten der Kommunen zu ermöglichen, wollen die Linken die Verbundsätze nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz um ein Prozent erhöhen.

Höhere Kita-Förderung

Unter dem Strich würden 341 Millionen Euro mehr für Städte und Gemeinden herauskommen. Damit die Gesamtneuverschuldung 8,4 Milliarden nicht noch weiter steigt, fordern die Linken, statt 1,3 Milliarden lediglich 950 Millionen zur Absicherung der WestLB einzuplanen.

Dass Rot-Grün für die Kindertagesstätten-Förderung 370 Millionen Euro zusätzlich bewilligte, sei auf die Linkspartei zurückzuführen, sagen die Linken. Sagel: „Dieses Geld ist nach Gesprächen mit uns zusätzlich in den Haushalt eingestellt worden.“ Die Minderheitsregierung sieht das anders: Das Verfassungsgericht habe das Land zur Vorsorge verpflichtet; höhere Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich ermöglichten die Mehrausgabe.

<http://www.ksta.de/jks/artikel.jsp?id=1288741365357>

Copyright 2010 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.